Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vizepräsidentin des Unterausschusses für Menschenrechte

Außen- und menschenrechtspolitische Sprecherin der Grünen/EFA-Fraktion

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 05F155
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392
barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136
+49 30 22771507
eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren

+49 172 8634544
+49 89 43597907

wk-lochbihler@
gruene-europa.de

Im Internet

www.barbara-lochbihler.de
www.facebook.com/barbara.lochbihler
www.twitter.com/blochbihler

RUNDBRIEF
Dezember 2014

Themen in dieser Ausgabe

Willkommen im Auffanglager?
Zu Gast in Rabat
Für ein starkes Haager Gericht
CIA-Folterbericht: sinnlos und menschenunwürdig
FIFA: Blatter lässt antworten
Sacharow-Preis für Dr. Denis Mukwege
Libyen: Strategien gegen die Milizen
Zu Gast bei der Bundeswehr: Kampfdrohnen und Völkerrecht
Kolumbien: Endlich Chancen auf Frieden
Besuch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Erzählcafé in Kaufbeuren
Kalender
Press Corner

Redaktion

Büro Lochbihler

Liebe Leserin, lieber Leser,

Weihnachten steht vor der Tür. Zeit, um ein wenig auszuruhen. In den letzten Wochen ist wie immer viel passiert: Spannende Veranstaltungen in Bayern, interessante Treffen in Brüssel und Straßburg, eine eindrückliche Reise nach Marokko. In Gesprächen in dem nordafrikanischen Land musste ich einmal mehr feststellen, wie verkehrt doch die europäische Nachbarschaftspolitik oft ist. Die Menschen dort haben das Gefühl, dass ihre Heimat für die EU lediglich der Schutzposten ist, um Flüchtlinge von der Einreise in die EU abzuhalten. Und der deutsche Innenminister macht sich indes für „Willkommenszentren“ stark, die Zweifel aufkommen lassen, ob Asylsuchende tatsächlich in Europa willkommen sind.

Trotzdem wünsche ich fröhliche Weihnachten und einen guten Rutsch!

Barbara Lochbihler

Willkommen im Auffanglager?

„Willkommenszentren“ nennt der Bundesinnenminister Thomas de Maizière jene Lager, die nach seinen Vorstellungen künftig in den nordafrikanischen Staaten entstehen sollen. Auch die EU-Innenminister diskutierten Anfang Dezember über diese Zentren, die wohl eher der Abschottung als der Aufnahme von Flüchtlingen dienen sollen. De Maizières Idee, für die er sich auch bei dem Treffen mit seinen europäischen Kollegen stark gemacht hat: Wenn die Menschen in Marokko, Libyen oder Ägypten Ansprechpartner für ihren Asylantrag haben, werden sie sich nicht auf die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer machen. Doch das ist bestenfalls naiv: In diesen Ländern herrschen keine rechtsstaatlichen Verhältnisse. De facto werden Zigtausende in Zeltstädten festhängen.

Bereits der ehemalige sozialdemokratische Innenminister Otto Schily hatte solche Lager ins Spiel gebracht. Schon damals wurde befürchtet, dass damit Menschen „vorsortiert“ bzw. „aussortiert“ werden, um zu verhindern, dass Schutzsuchende ihr Recht auf einen Asylantrag auf europäischem Boden stellen. Wer erst einmal hier ist, dessen Fall muss bearbeitet und der muss gegebenenfalls wieder abgeschoben werden. Wen interessieren dagegen Menschen, die in einem Lager in der Sahara festhängen? Nein, es gibt keine Alternative: Wir müssen legale Wege zur Einreise in die EU schaffen.

Ein Interview im Deutschlandradio Kultur vom 6. Dezember 2014: http://www.deutschlandradiokultur.de/eu-asylpolitik-legale-wege-fuer-fluechtlinge-nach-europa.1008.de.html?dram:article_id=305401

Und ein Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 5. Dezember: http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/asyl-zentren-in-nord-afrika-fluechtende-sollen-draussen-warten,24931854,29250036.html

Zu Gast in Rabat

Beim Treffen mit Migrantinnen, Migranten und NGOs in Rabat

Eine Konferenz über die internationale Strafjustiz führte mich Anfang Dezember nach Rabat, die Hauptstadt Marokkos. Ich nutzte die Reise auch, um mich über die Situation von Frauen und Flüchtlingen sowie die Lage der Menschenrechte zu informieren. Rund 40.000 Migrantinnen und Migranten hängen in dem Land fest. Sie alle hatten davon geträumt, in die EU zu gelangen. König Mohammed VI hat ihnen mehr rechtliche Sicherheit verschafft, doch bislang greifen die Maßnahmen nur begrenzt. Manche haben keinen Zugang zu Informationen, weil sie in den Wäldern nahe den spanischen Enklaven Ceuta oder Melilla leben. Andere haben Angst, dass man sie ausweist, wenn sie sich an die Behörden wenden. Innerhalb eines Jahres müssen Migranten Arbeit finden, sonst haben sie kaum Chancen auf eine weitere Aufenthaltserlaubnis.

Und die Frauenrechte? Der Maghreb-Staat gilt als einer der fortschrittlichsten im arabischen Raum. Doch was taugen die Reformen, mit denen der König Aufsehen erregte? Wenn man davon ausgehe, dass die weibliche Bevölkerung in Marokko vor 25 Jahren noch gar keine Rechte besessen habe, sei man große Schritte voran gekommen, erklärte mir die ehemalige Familienministerin Nouzha Skalli. Konservative Mentalität und mangelnde Bildung führten dazu, dass Frauen ihre Rechte nicht nutzen könnten, ergänzte die Aktivistin Sara Soujar. Viele wüssten nichts über ihre Rechte und hätten keine finanziellen Mittel, um diese einzuklagen. Das Gesetz spiegle zudem nicht die heutige Realität wider, so Soujar. So sei Vergewaltigung in der Ehe weiterhin nicht strafbar.

Menschenrechts-NGOs informierten mich über die Repressalien gegen zivilgesellschaftliche Organisationen. Manche Gruppen dürften nicht mehr öffentlich auftreten, kritische Journalisten verlören ihre Lizenz. De facto übe Mohammed VI die legislative und exekutive Gewalt aus. Weder religiöse Oberhäupter noch die Justiz agierten unabhängig, erklärten meine Gesprächspartner und kritisierten: Dennoch behandelt die EU Marokko als demokratischen Staat, während ihr das Land als Grenzpolizei gegen Migration und Terrorismus dient.

Für einen starkes Haager Gericht

Wie kann der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) gestärkt werden? Wie können die Haager Richter effektiver vorgehen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Konferenz der Parliamentarians for Global Action (PGA) im marokkanischen Rabat, an dem ich vom 3. bis 6. Dezember teilnahm. PGA ist ein gemeinnütziges, unparteiisches weltweites Netzwerk von Abgeordneten, die sich in ihrer parlamentarischen Arbeit für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen.

Auch der Präsident des IStGH, Richter Sang Hyun Song, und die ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, nahmen teil. Pillay wurde dort mit dem Defender of Democracy Award ausgezeichnet. Der Preis honorierte ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte und die Demokratie, nicht nur in ihrem UN-Amt, sondern auch als erste und damals einzige

Richterin am Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda sowie ihre spätere Tätigkeit am IStGH. Sie nahm auch einer Diskussion über das dem Haager Gericht zugrunde liegende Rom-Statut teil, die ich moderieren durfte.

Ich freue mich natürlich ganz besonders darüber, dass ich am Ende der Konferenz mit großer Mehrheit für zwei Jahre in den Vorstand der PGA gewählt wurde. Somit kann ich mich auch in den kommenden Jahren in diesem Netzwerk dem Kampf gegen die Straflosigkeit widmen.

Auf der Konferenz der Parliamentarians for Global Action

CIA-Folterbericht: Sinnlos und menschenunwürdig

Just vor dem 30. Jahrestag der Verabschiedung der Antifolterkonvention am 10. Dezember 1984 veröffentlichte die US-Regierung ihren Bericht zu den CIA-Verhörmethoden im Rahmen des Krieges gegen den Terror. Das Dokument machte deutlich: Folter ist nicht nur unmenschlich, sondern auch sinnlos. Es legte offen, dass Waterboarding, Schlafentzug und all die anderen grausamen Maßnahmen keine bedeutenden Informationen zutage gefördert haben. Aber so oder so gilt: Folter ist absolut verboten. Immer! Um das wahre Ausmaß der US-Folterungen überblicken zu können, darf der Öffentlichkeit nichts vorenthalten werden. Anstatt nur teilweise muss die US-Regierung den Bericht komplett publizieren.

Auch die EU hat viele Rechnungen offen: Seit Jahren fordert das Europäische Parlament, dass die Kollaboration der polnischen, litauischen und rumänischen Regierungen bei der Durchführung geheimer CIA-Flüge aufgearbeitet wird. Doch das ist bis heute nicht geschehen, obwohl sich diese Staaten eindeutig schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Auch die Beteiligung britischer Beamten muss vorbehaltslos aufgeklärt und juristisch verfolgt werden.

Im März hat sich das Europäische Parlament fast einstimmig für einen intensiveren Einsatz der EU gegen Folter ausgesprochen. Demnach müssen alle Mitgliedstaaten effektive Präventionsstellen schaffen. Außerdem sollten EU-Delegationsreisen in Folterstaaten mit Besuchen in Gefängnissen und anderen geschlossenen Anstalten verbunden werden. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren müssen Folterungen dem Dunkel der Isolation entrissen und die Täter sichtbar gemacht werden.

Ein Interview mit dem Deutschlandfunk vom 10. Dezember:
http://www.deutschlandfunk.de/bericht-ueber-cia-folter-juristische-aufarbeitung-nicht-nur.694.de.html?dram%3Aarticle_id=305721

FIFA: Blatter lässt antworten

Mehrfach habe ich bereits mit FIFA-Chef Joseph Blatter zum Thema der WM-Vergabe an Katar und Russland korrespondiert. Stets ging es um die menschenrechtliche Situation vor Ort, aber auch um die vielen Korruptionsvorwürfe gegen die FIFA. In einem weiteren Schreiben habe ich Ende Oktober meine Meinung erneut klar geäußert: Die Menschenrechtslage in Katar und Russland

machen eine Exit-Strategie nötiger denn je, der Umgang der FIFA mit dem hauseigenen Korruptions-Bericht ist wenig zielführend.

Blatter selbst antwortete nicht; er sicherte in der Zwischenzeit stattdessen dem russischen Präsidenten seine "bedingungslose Unterstützung" zu. Ein wenig differenzierter und problembewusster argumentiert da sein stellvertretender Generalsekretär Markus Kattner, der meinen jüngsten Brief nun beantwortete.

„Im Namen der FIFA kann ich Ihnen versichern, dass wir sämtliche von Ihnen erwähnten Punkte als sehr wichtig erachten“, heißt es da unter anderem. Im Folgetext jedoch bleibt vieles beim Alten: Die katarische Regierung werde die nötigen Reformen schon umsetzen, die Korruptionsvorwürfe würden unabhängig und vollumfänglich untersucht, und außerdem sei die FIFA nicht für die Einhaltung der Menschenrechte außerhalb der „eigentlichen Fußballpyramide“ verantwortlich.

Die einzigen positiven Neuigkeiten: Erstens zeigt sich die FIFA bereit, ihre Vorgaben für die Bewerber „einer weiteren Prüfung zu unterziehen“ und zu verbessern – und zweitens möchte man meinen Vorschlag eines weiteren direkten Treffens gern annehmen. Spätestens dann werde ich wieder berichten.

Mein Schreiben an Joseph Blatter vom 28. Oktober 2014: http://barbara-lochbihler.de/cms/upload/PDF_2014/141028-Lochbihler_an_Blatter.pdf.

Der Bericht der FAZ darüber: http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/wm-2018-in-russland-eu-abgeordnete-kritisieren-fifa-boss-13239594.html.

Sacharow-Preis für Dr. Denis Mukwege

Der kongolesische Arzt Dr. Mukwege im Straßburger Plenum

Es war ein großer Erfolg im Kampf gegen sexualisierte Gewalt in Kriegs- und Nachkriegszeiten: Am 26. November nahm der kongolesische Gynäkologe Dr. Denis Mukwege den Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments entgegen. Im September hatte ich zusammen mit der sozialdemokratischen und der liberalen Fraktion den Frauenarzt für diesen Menschenrechtspreis nominiert. In einer sehr emotionalen Rede sprach Mukwege im Straßburger Plenum über seine Arbeit mit vergewaltigten Frauen und Mädchen. Der Körper der Frau werde zum Kriegsschauplatz, sagte er und forderte ein Ende der Straflosigkeit für die Verbrechen.

Der 59jährige begann 1989 mit dem Aufbau einer Station für Gynäkologie und Frauenheilkunde im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Tausenden Frauen und Mädchen hat er inzwischen geholfen. Im Vordergrund seiner Arbeit steht die medizinische und psychologische Versorgung der Opfer, die oft in furchtbarer Weise verletzt wurden und in der Krankenstation Hilfe suchen. Mukwege benennt aber auch die Täter und richtet sich an die Weltgemeinschaft. 2012 rief er auf der UN-Generalversammlung dazu auf, dafür zu sorgen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Immer wieder erhält er Drohungen. 2012 wurde er bei einem Anschlag fast erschossen.

In München diskutierte ich anlässlich der Preisverleihung im Vertretungsbüro des Europäischen Parlaments mit der Familienbetreuerin Mathilda Legitimus. Frau Legitimus berichtete aus ihrer

täglichen Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingsfrauen. Oft können diese noch nach Jahren nicht über das Geschehene sprechen. Auch in Deutschland bestehe wenig Sensibilisierung beim Umgang mit solchen Frauen. Nicht selten müssten sie sich mit mehreren fremden Männern ein Stockwerk in einer Gemeinschaftsunterkunft teilen. Behördenmitarbeiter müssen hier besser sensibilisiert und qualifizierte Sozialarbeiter ausgebildet werden.

Libyen: Strategien gegen die Milizen

Auch die Lage in Libyen ist regelmäßig Gegenstand von Sitzungen und Treffen in Brüssel. Am 2. Dezember berichtete der UN-Sonderbeauftragte für Libyen, Bernardino León, im Außenausschuss über die dramatische Situation im Land. Der derzeit stattfindende Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Stämmen und Milizen stelle eine letzte Chance für die Zukunft des Landes dar, sagte er. Ich habe León in dieser Analyse unterstützt, ihm gegenüber aber auch einen breit angelegten Dialog zur Situation der Flüchtlinge eingefordert. Außerdem wollte ich angesichts der Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch Milizen wissen, welche Anstrengungen derzeit unternommen werden, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Er hat nicht auf meine Frage geantwortet. Das demonstrierte exemplarisch, dass das Land noch einen schweren Weg vor sich hat.

Diese Einschätzung teilte auch eine Gruppe von Vertretern der libyschen Zivilgesellschaft, mit der ich mich Mitte Dezember in Brüssel traf. Sie beschrieben, dass viele Libyer in Angst vor den Milizen leben. Aber welche Maßnahmen seien gegen die Milizen nötig, wollte ich wissen. Männern, die sich von den Milizen abwenden wollen, so die Antwort, müssten Alternativen in Aussicht gestellt werden. Hier könne die internationale Gemeinschaft eine wichtige Rolle übernehmen.

Zu Gast bei der Bundeswehr: Kampfdrohnen und Völkerrecht

Gemeinsam mit der grünen Bundestagsabgeordneten (und meiner ehemaligen Regionalbüroleiterin) Doris Wagner war ich am Montag, den 8. Dezember, zu Gast an der Universität der Bundeswehr in München. Mit den Studierenden diskutierten wir die menschenrechtlichen Aspekte bewaffneter Drohnen und die Frage, ob die Bundeswehr wirklich gut beraten wäre, selbst Kampfdrohnen zu beschaffen.

In meinem Vortrag schaute ich zunächst zurück auf die bisherigen Erfahrungen mit dem US-amerikanischen Drohnenprogramm – und legte mit Blick auf die deutsche Debatte dar, aus welchen vor allem völkerrechtlichen Gründen ich gegen die geplante Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen durch Deutschland und sechs weitere europäische Staaten bin. Eine kontroverse, aber umso interessantere Diskussion!

Kolumbien: Endlich Chancen auf Frieden?

Kolumbien erlebt seit mehr als halben Jahrhundert einen bewaffneten Konflikt zwischen Guerillagruppen, Paramilitärs und Streitkräften. Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen, Hunderttausende starben. Seit zwei Jahre verhandeln Regierung und die Guerillaorganisation FARC in Havanna über ein Friedensabkommen. Anfang November nahm ich an einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin teil, in der über die Chancen dieses Dialogs diskutiert wurde. In diesen Tagen besuchte der kolumbianische Präsident Manuel Santos das Brüsseler Parlament sowie einige Staaten, unter ihnen Deutschland. Er war auf der Suche nach Unterstützung des Friedensprozesses nach Abschluss des Vertrags.

Im Vordergrund der Veranstaltung stand die Frage, wie wir verhindern können, dass in den Verhandlungen in Havanna die vielen während des Krieges begangenen Menschenrechtsverletzungen nicht straflos bleiben. In einem Kommentar für die kolumbianische Zeitung „El Espectador“ wies ich zudem darauf hin, dass die Überwindung der Straflosigkeit grundlegend ist, um nach dem Krieg ein friedliches Zusammenleben zu erreichen.

Besuch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Ende November traf ich Herrn Dr. Manfred Schmidt, den Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BaMF), um mit ihm über die Flüchtlingspolitik zu sprechen. Ich betonte die Notwendigkeit eines permanenten europäischen Seenotprogramms und der Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten, unter anderem in Form humanitärer Visa. Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak profitieren mittlerweile von einem beschleunigten Asylverfahren. Während bei Syrern lediglich die Nationalität für dieses Verfahren ausschlaggebend ist, müssen Iraker ihre Zugehörigkeit zur jesidischen oder christlichen Minderheit nachweisen. Beschleunigte Verfahren sind grundsätzlich zu begrüßen. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass auch Angehörige anderer Bevölkerungsruppen vor dem Islamischen Staat Schutz suchen.

Erfreulich ist, dass das BaMF daran arbeitet, dass von Abschiebung bedrohte minderjährige Flüchtlinge die Möglichkeit bekommen sollen, ihre Ausbildung in Deutschland abzuschließen und danach mindestens drei Jahre hier zu arbeiten. Flüchtlingen und Geduldeten soll ein Arbeitsmarktzugang nach drei Monaten möglich sein und die Vorrangprüfung nach 15 Monaten entfallen. Das wären in der Tat Fortschritte.

Erzählcafé in Kaufbeuren

Mit den "Allgäuerinnen" in meinem Kreisbüro in Kaufbeuren

Eineinhalb Jahre nach dem Erscheinen meines Buches "Allgäuerinnen" lud ich zu einer letzten Lesung nach Kaufbeuren ein. Musikalisch umrahmt von Marita und Matthias Knauer las die Kaufbeurer Stadträtin Helga Ilgenfritz (SPD) aus ihrem Kapitel "Zu Hause sind wir hier - daheim waren wir drüben". Nach dem zweiten Weltkrieg und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatten sich viele Familien im Allgäu niedergelassen. Helga Ilgenfritz erzählte von der Gründung des Kaufbeurer Stadtteils Neugablonz durch 18.000 sudetendeutsche Flüchtlinge und der Ankunft von Aussiedlern und Spätaussiedlern ab den 1980er Jahren. Stets hatten Frauen mit einer Reihe von Herausforderungen zu kämpfen, doch letztendlich wurde das Allgäu allen eine neue Heimat.

Aber nicht alle, die das Allgäu gerne als neue Heimat bezeichnen würden, können hier sesshaft werden. Während Vertriebene und Aussiedler sich auf ihre deutsche Abstammung berufen können, müssen Asylbewerberinnen oftmals um eine Aufenthaltsgenehmigung bangen. Der

Kaufbeurer Asylkreis berichtete über das Schicksal der Roma Nurije Sarki und ihres Sohnes Ersan, die vor dreieinhalb Jahren in den Kosovo abgeschoben worden waren. Viele Kaufbeurer unterstützen Nurije Sarki nach wie vor und erreichten, dass Ersan im Kosovo eine Schule besuchen darf. Rund 95 Prozent der abgeschobenen Romakinder wird dort der Zugang zu Bildung verwehrt.

Kalender:

Freitag, 19. Dezember, 20:00 Uhr: "Humanitäre Katastrophe in Syrien und Irak. Europa in der Verantwortung ", Ort: Haus International, Kempten

http://barbara-lochbihler.de/cms/upload/images_web/2014/141219_plakat_klein.jpg>

Freitag, 16. Januar, 20:00 Uhr: "Humanitäre Katastrophe in Syrien und Irak. Europa in der Verantwortung", Grünes Forum Würmtal, Ort: Kraillinger Brauerei, Margaretenstraße 59, Krailling

Samstag, 17. Januar 17:00 Uhr: Neujahrsempfang mit „Allgäuer Spitzen“ von Ernst Mader, gemeinsam mit Bündnis90/Die Grünen Kaufbeuren-Ostallgäu, Ort: Regionalbüro Barbara Lochbihler, Ludwigstr. 38. Kaufbeuren

Samstag, 7. März 08:30 Uhr: Frauenfrühstück mit dem Katholischen Frauenbund Marktoberdorf zum Thema "Humanitäre Katastrophe in Syrien und Irak. Europa in der Verantwortung"

Samstag, 7. März, 11:45 Uhr: Fachtagung kommunale Entwicklungspolitik: "Frauen, Entwicklung und Friedensprozesse", Ort: Hochschule Kempten

Press Corner:

„Flüchtende sollen draußen bleiben“ – Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 5. Dezember: http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/asyl-zentren-in-nord-afrika-fluechtende-sollen-draussen-warten,24931854,29250036.html

„Legale Wege für Flüchtlinge nach Europa“ - Interview im Deutschlandradio Kultur vom 6. Dezember 2014: http://www.deutschlandradiokultur.de/eu-asylpolitik-legale-wege-fuer-fluechtlinge-nach-europa.1008.de.html?dram:article_id=305401

„Juristische Aufarbeitung nicht nur in den USA“ – Interview im Deutschlandfunk vom 10. Dezember 2014: http://www.deutschlandfunk.de/bericht-ueber-cia-folter-juristische-aufarbeitung-nicht-nur.694.de.html?dram%3Aarticle_id=305721

Unter Beschuss aus Brüssel – Artikel in der FAZ vom 30. Oktober, http://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/wm-2018-in-russland-eu-abgeordnete-kritisieren-fifa-boss-13239594.html